

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8 50 T. Pfd., 12 Monate 15.— T. Pfd. Ausland 1 Monat 3.— R.-Mark, 3 Monate 13.— R.-Mark 6 Monate 25.— R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.
Geschäftsleitung: Schlosshans-Karolik Jokuachu, Saverio-Cajaja-Gasse, Phoenixhaus
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

تاریخچه پستی عثمانیه
آرشیو
دوره اول: ۱۲۷۵ تا ۱۳۰۰
دوره دوم: ۱۳۰۰ تا ۱۳۲۵
دوره سوم: ۱۳۲۵ تا ۱۳۵۰
دوره چهارم: ۱۳۵۰ تا ۱۳۷۵
دوره پنجم: ۱۳۷۵ تا ۱۴۰۰
دوره ششم: ۱۴۰۰ تا ۱۴۲۵
دوره هفتم: ۱۴۲۵ تا ۱۴۵۰
دوره هشتم: ۱۴۵۰ تا ۱۴۷۵
دوره نهم: ۱۴۷۵ تا ۱۵۰۰
دوره دهم: ۱۵۰۰ تا ۱۵۲۵
دوره یازدهم: ۱۵۲۵ تا ۱۵۵۰
دوره چهاردهم: ۱۵۵۰ تا ۱۵۷۵
دوره پانزدهم: ۱۵۷۵ تا ۱۶۰۰
دوره شانزدهم: ۱۶۰۰ تا ۱۶۲۵
دوره هجدهم: ۱۶۲۵ تا ۱۶۵۰
دوره نوزدهم: ۱۶۵۰ تا ۱۶۷۵
دوره بیستم: ۱۶۷۵ تا ۱۷۰۰

2. JAHRGANG NO. 344 Tageszeitung für den Nahen Osten Konstantinopel, Mittwoch, 14. Dez. 1927
Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

دوام ایستادگی
Kanton steht in Flammen. Der Strassenkampf dauert an.
Das neue amerikanische Flottenbauprogramm sieht 1 Milliarden Dollar Ausgaben vor.

Prozess Merschan Altunian.

Gestern fand vor dem Strafgericht Stambul die erste Verhandlung im Prozess gegen die Ueberlebenden der Bande des Merschan Altunian statt. Gegen die drei Angeklagten Hassan Redschai, Wahan und Murat war die Anklage wegen Bildung einer Bande von mehr als 5 Personen und Teilnahme an einem Attentat erhoben worden, das zum Tode und zur Verletzung mehrerer Polizeibeamten geführt habe. Nach der Anklage hat der aktive, mit einem Monatsgehalt von 200 T. Pfd. dotierte Polizeibeamte Wahan gemeinsam mit dem in Gefecht auf der Perastrasse umgekommenen Merschan Altunian die Bande gebildet, die das Jildiskasino während des Spieles überfallen und berauben wollte. Wahan soll dabei in der Absicht gehandelt haben, durch den schliesslichen Verrat der Bande zu einer hohen Belohnung zu kommen. Jedenfalls hat er nach der Anklage während der kritischen Zeit, in der er und Merschan Altunian die Bande bildeten, die Polizei ständig über die Fortschritte des verbrecherischen Planes auf dem Laufenden gehalten. Auf der Polizei dürfte man nicht gewusst haben, dass Wahan die Hauptrolle in der ganzen Angelegenheit spielte: er wird wohl in seinen Berichten die Rolle des Merschan Altunian, der nun tot ist und nicht mehr aussagen kann, stark übertrieben haben. Der Angeklagte Hassan Redschai ist von Wahan, mit dem er befreundet war, für die Bande geworden worden, und Hassan Redschai wieder hat einen gewissen Ahmed Nasmi gewonnen, der auch unter Anklage steht, aber auf freiem Fusse liesssen wurde. Es ist klar, dass ohne die Tätigkeit Wahan's die Bande niemals so gross und so gefährlich geworden wäre. Wider Erwarten wandte sich die Verhandlung gestern nicht der Hauptfrage nach der Rolle des Wahan zu, sondern in erster Linie der Frage, wer eigentlich die bei der Festnahme der Angeklagten durch Revolverbeschüsse getöteten Polizeibeamten niedergeschossen habe. Der Angeklagte Hassan Redschai behauptet ganz entschieden, dass die Polizeibeamten sich gegenseitig erschossen haben. Diese Behauptung scheint sich auch durch die Stellungnahme eines Nebenklägers, nämlich des Bruders eines der erschossenen Polizeibeamten, zu bestätigen, dessen Rechtsanwalt den Tod dieses Beamten auf die Schüsse der anderen Beamten zurückführte und von diesen und der Polizei 15.000 T. Pfd. Entschädigung verlangte. Ohne dass es in dieser Frage wurde die Verhandlung zu Einvernahme weiterer Zeugen auf den 20. Dezember vertagt.

Grosse Nationalversammlung.

Angora, 13. Dez.
Die Grosse Nationalversammlung trat heute unter dem Präsidium des Vizepräsidenten Ismet Bey zusammen. Der ehemalige türkische Botschafter in Moskau Sekiaj Bey, der einen freien Abgeordnetenposten erhalten hatte, leistete seinen Abgeordneten Eid. Die Gesetzentwürfe über die Budgetvermehrung von 3.000 Pf. für die Quarantänedirektion sowie über die Ueberschreibungen im Budget 1927 des Unterrichtsministeriums wurden ohne Änderungen angenommen. Die nächste Sitzung wurde für Donnerstag angesetzt.

Der neue Wali von Adrianopel.

Der Zivilinspektor Emin Bey wurde zum Wali von Adrianopel ernannt. (Waldl.)

Ein Technikum und Polytechnikum in Angora.

Das Technikum, das in Angora gegründet werden soll, wird 5 Klassen umfassen, wovon 3 ausgesprochen technische Klassen sind. Die Professoren werden zum grössten Teil Ausländer sein. Eine Klasse dieses Technikums wird zur Ausbildung von Lehrkräften für Fach- und Gewerbeschulen dienen. Die 3 Millionen T. Pfd., die für die Gründung des Technikums und eines Polytechnikums benötigt werden, werden auf die Budgets von 1928 und 1929 aufgeteilt worden. Man nimmt an, dass das Technikum und das Polytechnikum im Jahre 1930 den Lehrbetrieb werden beginnen können, wie es im Programme des Unterrichtsministeriums vorgesehen ist. Diejenigen Studenten, die nach Europa zur Spezialausbildung geschickt werden, werden zu diesem Zeitpunkt ihre Studien vollendet haben, was gleichfalls zur Lösung des Lehrkräfteproblems beitragen wird. Das Unterrichtsministerium hat ferner beschlossen, die Zahl der Stipendiaten, die alljährlich nach Europa zu schicken sind, zu erhöhen.
Das Polytechnikum soll Ingenieure für den Bergbau, für die chemische Industrie, für den Maschinenbau, für Automobil- und Motorenfabrikation, für das Elektrizitätswesen, für den Brücken- und Strassenbau, Eisenbahntechnik usw. heranzubilden. Das Polytechnikum wird ferner eine militärische Abteilung umfassen, in der Ingenieure eine Spezialausbildung im Geschützbau, Kanonenguss, in der Gewehrfabrikation usw. sowie in der Herstellung von Explosivstoffen erhalten und Ingenieure für die Tanks, Flugzeuge, Pionierwesen usw. herangebildet werden sollen.

Ichsan Bey Generalzolldirektor.

Angora, 12. Dez.
Der 11. Delegierte der türkischen Delegation in der Gemischten Austauschkommission Ichsan Bey ist anstelle Adil Beys zum Generalzolldirektor ernannt worden. Das diesbezügliche Dekret ist bereits erlassen. Ichsan Bey wird jedoch einstweilen seine bisherige Funktion in der Austauschkommission provisorisch weiter versehen, bis eine Ersatzperson für ihn ausfindig gemacht sein wird.

Die Resmidscheride

Angora, 12. Dez.
Nach den neuen Verordnungen über das Amtsblatt Resmidscheride wird die Zeitung ausser offiziellen Feiertagen von der Pressestelle des Ministerpräsidentiums alljährlich ausgegeben werden.

Die Pläne des Unterrichtsministeriums für das Jahr 1928.

Medschi Sadreddin berichtet der «Milliet» über die Pläne des Unterrichtsministeriums für das Jahr 1928. Das Ministerium misst besonders den Gewerbeschulen und Fachschulen grosse Bedeutung bei. Man denkt auch die Provinzverwaltungen sonst zugelassen sind, direkt beim Unterrichtsministerium einzuzahlen, um die Verrechnungsmanipulation zu vereinfachen. Auf diese Weise wird sich das Budget des Unterrichtsministeriums für das Jahr 1928 ungefähr auf 20 Millionen T. Pfd. stellen. So werden die Gewerbeschulen, die von den einzelnen Wilajeten unterhalten werden, vom Unterrichtsministerium verwaltet werden. In den Jahren 1929 und 1930 werden die Schulen, die bisher von den einzelnen Ressortministerien abhingen, wie die Ingenieurschule, die Bergwerkschule, die Rechtsakademie in Angora und die landwirtschaftlichen Institute auch vom Unterrichtsministerium verwaltet werden. Später sollen auch die Militärschulen hier angegliedert werden.

Der türkisch-brasilianische Freundschaftsvertrag.

Angora, 12. Dez.
Der türkisch-brasilianische Freundschaftsvertrag wurde der Nationalversammlung zur Ratifizierung vorgelegt.

Kanton in Flammen.

Der Strassenkampf dauert an. — Eine revolutionäre Regierung.

Hongkong, 12. Dez. (A.A.)
Der in Kanton diktierende General Tschangfakui hat mehrere Abteilungen seiner Truppen wegen Mangel an Zuverlässigkeit auflösen lassen. Die Auflösung ging zum Teil nicht friedlich vor sich, und der Pöbel begann in der Stadt zu plündern. In mehreren Vierteln der Stadt sind Brände ausgebrochen. Der Verband der Seeleute hat den Streik proklamiert; alle Verbindungen nach aussen sind abgebrochen.
London, 13. Dez. (AA)
Nach einem Telegramm aus Schanghai steht ein grosser Teil der Stadt Kanton in Flammen. Die Gebäude der französischen Mission und des japanischen Hospitals sowie die der Zentralbank sind durch Feuer zerstört worden. Das Feuergefecht unter den Angehörigen der verschiedenen chinesischen Parteien dauert an und forderte zahlreiche Todesopfer. Tausende von Flüchtlingen sollen sich auf die im Hafen liegenden englischen Schiffe begeben haben, um sich nach Hongkong in Sicherheit zu bringen.
Schanghai, 13. Dez. (AA)
Gestern gelang es den Regierungstruppen in Kanton vorübergehend, die Polizeizentrale zu besetzen, doch wurden sie von den Aufständischen wieder vertrieben. Die Lage ist durchaus unentschieden, hinter den Aufständischen steht die Vereinigung der Seeleute, die sich mit der Regierung überworfen hat, weil sie von derselben keine Subventionen mehr erhält. Es ist eine revolutionäre Regierung eingesetzt worden, in der der frühere Vorsitzende des Streikkomitees von Hongkong die Führung hat.
Hongkong, 13. Dez. (AA)
Die Kommunisten von Kanton veröffentlichten eine Proklamation, in der sie zur Enteignung des Grundbesitzes und zur Vernichtung aller Grundbücher auffordern.

Das Aerztegesetz.

Angora, 13. Dez.
Der Gesundheitsausschuss behandelte die Aerztegesetzesvorlage. Das Gesetz verfügt u. a.: Bei Kindern, die keinen Vater oder gesetzlichen Vormund haben, sowie bei Personen, die ihrem Willen keinen Ausdruck geben können, besteht die Bedingung der vorherigen Einholung der Erlaubnis zu einer lebensgefährlichen Operation nicht. Ausländer, die die Erlaubnis zur Ausübung der ärztlichen Praxis erhalten haben, können dieser Erlaubnis im Bedarfsfalle für verlustig erklärt werden. Nach dem neuen Aerztegesetz erfolgen die Wahlen ersten Ordnung in die Aerztekammern unter der Leitung des Ministeriums. Der Gesundheitsausschuss hat die Klagen der Zahnärzte als nicht berechtigt angesehen. Diese Angelegenheit bezieht sich auf dem Gebiete des Verordnungswezens und wird vom Ministerium eine Lösung erfahren. Der Abgeordnete von Smyrna Enwer Bey, erklärte im Laufe der Verhandlungen des Gesundheitsausschusses, dass es angezeigt wäre, wenn Aerzte, sowie Rechtsanwälte, Bürgermeister u. a. keine Handelsgeschäfte treiben dürften. In einer späteren Sitzung des Gesundheitsausschusses wird dieser Punkt noch zur Debatte stehen.

Prof. Oldenburg erneut berufen

Angora, 13. Dez. (A.A.)
Es wurde beschlossen, Prof. Oldenburg, der seinerzeit als Sachverständiger für die Errichtung landwirtschaftlicher Schulen und Institute berufen worden war, erneut zu beauftragen, die Massnahmen, die auf diesem Gebiet ergriffen worden sind, zu überwachen. Der Vertrag wurde nach Berlin zur Unterzeichnung gesandt. Ferner wurde der Vertrag mit dem deutschen Spezialisten Bernhard, der im Februar abflut, für ein weiteres Jahr verlängert. Die Ausbeutung des Belgrader Waldes soll nach modernstem System erfolgen. (Milliet)

Der Protest in Bukarest.

Berlin, 12. Dez. (A.A.)
Die Londoner Blätter billigen durchaus den von den Regierungen Englands und der U. S. A. in Bukarest wegen der gegen englische und amerikanische Staatsangehörige in Grosswarden und Klausenburg verübten Ausschreitungen erhobenen Protest. Die beiden englischen Mächte sollen auch die Absetzung des rumänischen Unterstaatssekretärs im Innenministerium, Tardarescu, gefordert haben.

Aus Deutschland.

Reichsstelle fuer Ostfragen.

In enger Zusammenarbeit mit Preussen.
Nach übereinstimmenden Entschliessungen der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung ist im Reichsministerium des Innern eine Verwaltungsstelle eingerichtet worden, die unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Dammann steht. Sie hat im engsten Einvernehmen mit den sonstigen sachlich zuständigen Ressorts, namentlich auch den preussischen Dienststellen, die einheitliche und beschleunigte Behandlung aller auf Ostpreussen und die übrigen östlichen Grenzprovinzen bezüglichen Fragen sicherzustellen. Die Verwaltungsstelle hat ihre Arbeiten in gemeinsamen Beratungen mit den zuständigen Reichs- und preussischen Ressorts auf wichtigen Gebieten bereits soweit gefördert, dass voraussichtlich alsbald massgebliche Entscheidungen getroffen werden können. Die Reichsregierung legt mit der Preussischen Staatsregierung besonderen Wert darauf, dieses stärkere Zusammenwirken bei der Behandlung aller Ostfragen im Wege der vorstehend erwähnten Organisation, nicht aber durch Schaffung neuer Dienststellen zu erreichen. Lediglich zur Bewältigung der künftig der erwähnten Ministerialabteilung des Reichsministeriums des Innern zufallenden Aufgaben wird auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts dieser Stelle zunächst ein Vertreter der ostpreussischen Wirtschaftskreise zugeteilt werden, der — vorläufig zur kommissarischen Beschäftigung — in das Reichsministerium des Innern berufen werden soll. Der Reichskanzler hat sich vorbehalten, diesen Beamten zum persönlichen Vortrag zwecks unmittelbarer Entgegennahme der Wünsche Ostpreussens heranzuziehen.

Der Rektor der deutschen Universität in Prag gestorben.

Prag, 13. Dez.
Der Rektor der hiesigen deutschen Universität, der bekannte Musikwissenschaftler und Komponist Prof. Heinrich Rietsch, ist soeben im Alter von 67 Jahren gestorben.
Kleine Nachrichten.
Der Reichsrat beschloss, einen neuen Panzerkreuzer auf Stapel zu legen.
Der Streik der Bergarbeiter des Saargebietes ist durch einen Vergleich beendet worden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.
Die Reichsregierung beschloss auf Vorschlag des Reichsfinanzministers, den Invaliden und Sozialrentnern eine einmalige Weihnachtsgabe von 25 Millionen Mark zu stiften.
Die Besetzung des gegenwärtig in Cadix liegenden deutschen Kreuzers «Berlin» besuchte in Begleitung mehrerer Mitglieder der deutschen Kolonie die Stadt Sevilla.

Erdbeben in Italien.

Rom, 13. Dez.
Piemont und Toskana wurden heute durch ein heftiges Erdbeben heimgesucht, das in Turin, Aosta, Siena, Livorno und Parma eine leichte Panik verursachte.

Letzte Nachrichten

Das amerikanische Flottenbauprogramm.

New York, 13. Dez. (A.A.)
Nach der «New York Times» sondierte der Marineminister beim Kongress wegen dessen Stellungnahme zu dem neuen Flottenbauprogramm der Regierung. Nach diesem Programm sollen im Laufe der nächsten 5 Jahre 26 Kreuzer zu je 10.000 t., 6 Flugzeugmuttertschiffe, 4 Unterseeboote und 18 Zerstörer gebaut werden. Ausserdem ist die Konstruktion von 4 neuen Panzerkreuzern zum Ersatz veralteter Schiffe geplant. Das ganze Programm dürfte eine Ausgabe von 1 Milliarden Dollar erfordern, von 200 Millionen Dollar bereits im kommenden Budgetjahre auszugeben wären.

Die spanische Frauenbewegung.

Madrid, 13. Dez.
Der Nationalverband der spanischen Frauen hat an die Nationalversammlung eine Petition gerichtet, in der unter anderem eine Aenderung des spanischen Zivilgesetzes und die Einführung der Ehescheidung verlangt wird.

Neue Wirren auch in Mittelchina.

Hankau, 13. Dez. (A.A.)
In der Provinz Hupe ist eine schwere Meuterei unter den dort stationierten Truppen ausgebrochen die von Plünderungen und Brandstiftungen begleitet waren. Die Bauern haben einen Selbstschutz organisiert.

Aus dem Unterhause.

Abrüstung.—China.—Aegypten

London, 12. Dez. (A.A.)
Im Unterhause wurde an den Premierminister die Anfrage gerichtet, welche Haltung die britische Regierung auf der nächsten Sitzung der Abrüstungskommission und zwar insbesondere mit Bezug auf die russischen Abrüstungsvorschläge einnehmen werde. Baldwin erwiderte, seine Regierung werde die Ergebnisse der letzten Tagung der Abrüstungskommission eingehend studieren, ehe sie bezüglich der nächsten Sitzung eine Entscheidung treffen werde. Auf eine andere Anfrage über die Stärke der britischen Truppen in China erwiderte im Namen des Kriegsministeriums Kapitän King, dass in China gegenwärtig insgesamt 12 Bataillone Infanterie stationiert seien, von denen jedoch 3 auch in normalen Zeiten in China ihren Standort hätten. Von den übrigen 9 Bataillonen seien 6 in Schanghai stationiert. Die Regierung, die schon im März 950.000 Lsg. zur Finanzierung der Chinaexpedition bewilligt erhalten hat, forderte neuerlich für diesen Zweck 3,09 Millionen Lsg. an.
Auf eine Anfrage Kennorthys nach dem Stande der Verhandlungen mit Aegypten erklärte Sir Locker Lampson, Chamberlain selbst werde nach seiner Rückkehr aus Genf das Unterhause von den ägyptischen Angelegenheiten unterrichten.

Bevoelkerungspolitik und nationale Sicherheit in der Ostmark.

Von Herman Dahl.
Eine gesunde Bevölkerungspolitik hängt mit dem Problem der nationalen Sicherheit eng zusammen. Im erhöhten Masse trifft dies für die deutsche Ostmark zu, unter der ich hier das durch den politischen Korridor vom Reich räumlich getrennte Gebiet verstehen will. — Die Bevölkerungspolitik ist in diesem deutschen Lande durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, in erster Linie den Rueseneinfall von 1914, dann durch die Grenzveränderungen von 1919 vor neue schwere Aufgaben gestellt worden, während das Problem der nationalen Sicherheit durch die Entfallungsbestimmungen des Versailler Vertrages ein ganz anderes Gesicht bekommen hat.
Aus diesen Erwägungen heraus wird es klar, dass einer gesunden Bevölkerungspolitik in der Ostmark unsere ganz besondere Aufmerksamkeit gehört. Da können wir glücklicherweise feststellen, dass es im ostpreussischen Land nicht so katastrophal aussieht, wie vielfach angenommen wird. Ostpreussen besitzt durchaus alle diejenigen Bevölkerungselemente, die Gewähr bieten für einen gesunden bevölkerungspolitischen Bau von der niedrigsten bis zur höchsten Schicht.
Der ostpreussische Arbeiter vorzüglich aus ländlichen Verhältnissen stammend, ist körperlich und geistig gesund und durch ein starkes Heimatbewusstsein ausgezeichnet. Deshalb ist er auch im grossen und ganzen dem politischen Radikalismus abhold. Er ist vornehmlich bestrebt, durch Arbeit und Können zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu gelangen und folgt damit dem bürgerlichen Lebensideal mehr als dem nurpropäretischen, nämlich durch Gesetze, Tarife und andere Sicherungen ein auskömmliches Dasein zu führen. Der stets nationalpolitische Kampf in den Grenzmarken mag dieses Heimatbewusstsein und den Persönlichkeitsgeist mit gefördert oder wegehalten haben. — Bürger und Bauern bilden auch heute noch das Rückgrat des ostpreussischen Widerstandes: sie sind wie überall im deutschen Reiche, noch immer die Säulen des Staates, seine treuesten Söhne. — Der ostpreussische deutschbewusste, sehr fähige Gelebensstand hat es sich nach den Erklärungen des Rektors der Königsberger Universität zum obersten Gebot gemacht, der Wahrheit und dem Vaterland zu dienen. Er bildet ein starkes Glied in der Abwehrkette gegen den fremdstämmigen Ansturm. — Daneben steht eine soziale, nationale und politische Führerschaft in den Nachkommen der Ritter vom Deutschen Orden, dem ostpreussischen Adel, dessen Bedeutung für die Deutschen der Ostmark nicht unterschätzt werden darf.
Wenn wir das heute östlich der polnischen Korridors gelegene deutsche Land als eine Einheit betrachten, so müssen wir leider feststellen, dass ausser Soldau im Nordwesten und das Memelland im Nordosten, auch das volkreichste deutschbewohnte Land der Ostmark, nämlich das Gebiet des Freistaates Danzig, für das Reich verloren gegangen ist. Das bedeutet eine ganz empfindliche Schwächung des deutschen Volkstums, wie folgende Tabelle beweisen wird:
Freistaat Danzig 1.966,6 qkm, 1923: 364.380 Einwohner, davon etwa 330.000 mit deutscher Muttersprache, der Rest überwiegend polnisch.
Das Memelgebiet 2.657 qkm, 141.238 Bewohner, davon 74.000 mit deutscher Muttersprache und 69.000 mit litauischer Muttersprache, die aber alle auch deutsch sprechen und ganz überwiegend deutsch eingestellt sind.
Das Gebiet von Soldau 501 qkm, 24.788 Bewohner, davon deutsch und masurisch etwa 19.000, polnisch 5000.
Nun sind ja diese Gebiete, wohl mit Ausnahme von Soldau, wo die polnische Ausweisungskommission wütet, auch unter selbständiger oder fremder Regierung deutsch geblieben. Aber die Zersplitterung kann nicht wieder gut gemacht werden, bis diese unnatürlichen Zustände beseitigt sind. Hier finden wir die erste grosse Lücke im staats- und auch be-

Der Rektor der deutschen Universität in Prag gestorben.

Prag, 13. Dez.
Der Rektor der hiesigen deutschen Universität, der bekannte Musikwissenschaftler und Komponist Prof. Heinrich Rietsch, ist soeben im Alter von 67 Jahren gestorben.
Kleine Nachrichten.
Der Reichsrat beschloss, einen neuen Panzerkreuzer auf Stapel zu legen.
Der Streik der Bergarbeiter des Saargebietes ist durch einen Vergleich beendet worden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.
Die Reichsregierung beschloss auf Vorschlag des Reichsfinanzministers, den Invaliden und Sozialrentnern eine einmalige Weihnachtsgabe von 25 Millionen Mark zu stiften.
Die Besetzung des gegenwärtig in Cadix liegenden deutschen Kreuzers «Berlin» besuchte in Begleitung mehrerer Mitglieder der deutschen Kolonie die Stadt Sevilla.

Erdbeben in Italien.

Rom, 13. Dez.
Piemont und Toskana wurden heute durch ein heftiges Erdbeben heimgesucht, das in Turin, Aosta, Siena, Livorno und Parma eine leichte Panik verursachte.

Letzte Nachrichten

Das amerikanische Flottenbauprogramm.

New York, 13. Dez. (A.A.)
Nach der «New York Times» sondierte der Marineminister beim Kongress wegen dessen Stellungnahme zu dem neuen Flottenbauprogramm der Regierung. Nach diesem Programm sollen im Laufe der nächsten 5 Jahre 26 Kreuzer zu je 10.000 t., 6 Flugzeugmuttertschiffe, 4 Unterseeboote und 18 Zerstörer gebaut werden. Ausserdem ist die Konstruktion von 4 neuen Panzerkreuzern zum Ersatz veralteter Schiffe geplant. Das ganze Programm dürfte eine Ausgabe von 1 Milliarden Dollar erfordern, von 200 Millionen Dollar bereits im kommenden Budgetjahre auszugeben wären.

Die spanische Frauenbewegung.

Madrid, 13. Dez.
Der Nationalverband der spanischen Frauen hat an die Nationalversammlung eine Petition gerichtet, in der unter anderem eine Aenderung des spanischen Zivilgesetzes und die Einführung der Ehescheidung verlangt wird.

Neue Wirren auch in Mittelchina.

Hankau, 13. Dez. (A.A.)
In der Provinz Hupe ist eine schwere Meuterei unter den dort stationierten Truppen ausgebrochen die von Plünderungen und Brandstiftungen begleitet waren. Die Bauern haben einen Selbstschutz organisiert.